

## UND SONST

## Schweigeminute

Der Obwaldner Kantonsrat legt eine Schweigeminute für den verstorbenen alt Ständerat und Kantonsrat Jost Dillier ein. Er starb Ende April im Alter von 95 Jahren. Ratspräsidentin Ruth Koch würdigte ihn als Politiker und Menschen, der sich sein ganzes Leben lang in vielfältigen Bereichen für den Kanton und die Bevölkerung engagiert habe.

## KAP ist durch

In zweiter Lesung verabschiedet der Kantonsrat den Mantelerlass zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP). Nach intensiven Diskussionen habe man nun einen guten Konsens gefunden, so das Fazit von Kommissionspräsident Markus Ettlin (CVP, Kerns). In der Schlussabstimmung enthielt sich die SP allerdings der Stimme. Man könne sich mit diesem Sparpaket nicht recht anfreunden, da auf dem Buckel der Schwächeren gespart werde, so Max Röhthli (Sarnen).

## Gerichtswahlen

Bei den Erneuerungswahlen für die Gerichte (Amtsdauer 2016 bis 2020) wurden folgende vier Personen gewählt: **Andreas Jenny**, Sachseln (Obergerichtspräsident), **Barbara Müller**, Alpnach (Vizepräsidentium Obergericht), **Alois Vogler**, Alpnach (Vizepräsidentium Verwaltungsgericht) und **Hans Peter Huez**, Sachseln (Vizepräsidentium Kantonsgericht).

## Datenschützer

Der Kantonsrat wählt **Philipp Studer** aus Hochdorf als neuen Datenschutzbeauftragten. Er tritt das Amt am 1. Juli an. Studer arbeitet bereits seit 2009 für die Öffentlichkeits- und Datenschutzstelle, die sich die Kantone Obwalden, Nidwalden und Schwyz teilen. Bisher war Studer Stellvertreter von Jules Busslinger, der im vergangenen Jahr seine Demission eingereicht hatte. Der Schwyzer Kantonsrat hat Studer bereits im April gewählt.

## Rechtspflege

Der Amtsbericht über die Rechtspflege gibt im Parlament zu keinerlei kritischen Bemerkungen Anlass. Wie Obergerichtspräsident Andreas Jenny dem Rat darlegte, ist die Zahl der pendenten Fälle 2015 beim Kantonsgericht etwas angestiegen. Beim Ober- und Verwaltungsgericht konnten die Pendenzen dagegen reduziert werden, dies vor allem dank der Tatsache, dass weniger komplexe Fälle bearbeitet werden mussten. Lucia Omlin (CVP, Sachseln), Präsidentin der Rechtspflegekommission, und SP-Kantonsrat Guido Cotter (Sarnen) wiesen auf die Tatsache hin, dass alle 21 Beschwerden aus Obwalden beim Bundesgericht erfolglos waren. «Das spricht für die Qualität der Obwaldner Justiz», so Cotter.

## Kosten im Lot

Der Rat nimmt den Bericht der Regierung zur Kostenentwicklung in den Bereichen Sozialpädagogik, Sonderschulung und Behindertenförderung oppositionslos zur Kenntnis. Mit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) waren hier verschiedene Zuständigkeiten an den Kanton gegangen. Es zeigte sich, so die Fraktionssprecher, dass die Kosten für den Kanton deswegen nicht aus dem Ruder gelaufen sind, wie mitunter befürchtet worden war.

## Lorbeer für Bank

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2015 der Obwaldner Kantonalbank (OKB) sorgen im Parlament für grosse Freude. Trotz schwierigem Umfeld (Finanzkrise, Aufhebung Euro-Mindestkurs) habe die Bank ein Top-Ergebnis erzielt. Das sei eine grossartige Leistung, hiess es im Rat.

## Mahnfinger zum «Lottosechser»

**OBWALDEN** Die unerwartet «gute» Staatsrechnung wurde im Kantonsrat gepriesen. Gewarnt wurde vor künftigen Leichtfertigkeiten. Drei Mängel stellte die Kommission fest.

CHRISTOPH RIEBLI  
christoph.riebli@obwaldnerzeitung.ch

Als «Lottosechser», «Segen zum richtigen Zeitpunkt» oder «Glücksfall» wurden die ausserordentlichen 26 Steuermillionen gestern im Kantonsrat fraktionsübergreifend gepriesen. Anstelle eines budgetierten 8-Millionen-Defizits (inklusive Auflösung von 10 Millionen Reserven) resultiert in der Staatsrechnung 2015 ein Minus von 2,5 Millionen Franken bei gleichzeitiger Erhöhung der Schwankungsreserven um satte 20 auf 52 Millionen. Kein Wunder genehmigte



«Wir wehren uns vehement gegen jegliche Steuererhöhung.»

MONIKA RÜEGGER,  
SVP-KANTONSRÄTIN

der Kantonsrat gestern die Staatsrechnung und rund 18,4 Millionen Abschreibungen (inklusive Spezialfinanzierung Hochwasserschutz) einstimmig.

## Steuern: Pole sind sich uneinig

«Die ausserordentlichen Steuererträge haben die Staatsrechnung versüsst», stellte Daniel Wyler (SVP, Engelberg) fest und mahnte zugleich: «Jetzt einfach zurückzulehnen oder neue Forderungen zu stellen, wäre einem vorausschauenden Parlament unwürdig.» Der «Lottosechser» sei einmalig, die Auf- und Ausgaben aber seien wiederkehrend. Für eine «kritische Zustimmung» votierte Parteikollegin Monika Rüegger (Engelberg). Ihr gaben die seit Jahren steigenden Mehraufwände in den einzelnen Departementen zu denken: «Wir beobachten die Entwicklung der Staatsausgaben sehr genau und wehren uns vehement gegen jegliche Steuererhöhung.»

Während Rüeegger die KAP-Sparübung lobte, hinterfragte Heidi Brücker (CSP, Giswil), «wie viel Ressourcen und Kosten KAP in der Verwaltung und den Kommissionen» wohl ausgelöst habe. «Nicht nur Ausgaben, sondern auch Sparmassnahmen müssen hinterfragt werden.» Für Brücker war klar, «dass wir früher oder später über Steuererhöhungen nachdenken müssen». Das sei kein Grund, den «Teufel an die Wand zu malen», sondern gemeinsam gute Lösungen zu finden. Dass es dereinst höhere Einnahmen brauche, fand auch Max Röhthli (SP, Sarnen): «Spätestens ab 2018 sind grössere Fehlbeträge zu erwarten.»

## Unbefriedigende Antworten

«Ein gutes Bild» zeige der rund 300-seitige Geschäftsbericht des Regierungsrates, stellte Klaus Wallimann (CVP, Alpnach) als Präsident der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) fest. Doch: «Diverse Antworten der Regierung waren zu vage, zu unklar und die Wahrnehmung der GRPK bei den Delegationsgesprächen anders.» Gleich drei parlamentarische Anmerkungen des Kantonsrats waren die Folge – jeweils mit klarem Mehrheitsbeschluss:

• Die GRPK fordert eine gesetzeskonforme und verursachergerechte Verrechnung der **Strassenverkehrssteuer**

ab dem Budget 2017. Die internen Verrechnungen basierten auf Umlagesätzen von 2002, welche nicht mehr nachvollziehbar seien, begründete Wallimann. «Man stört sich vor allem daran, dass kein Franken für den Unterhalt verrechnet wird, für die Kriminalpolizei aber 2,5 Millionen Franken», so Max Röhthli. Er forderte einen neuen Verteilungsschlüssel für die Gelder.

• Bemängelt hat die GRPK zudem die Einführung der **elektronischen Geschäftsverwaltung (RMS)**. 2011 sei man von einer Einführungszeit der Software von drei Jahren ausgegangen, mittlerweile seien es sechs. Von der Staatskanzlei fordert die GRPK nun einen Bericht mit Benutzerumfrage bis im März 2017 ein.

• Ebenfalls bis im März 2017 fordert die GRPK ein Konzept von der Staatskanzlei im Zusammenhang mit der Einführung des **internen Kontrollsystems (IKS)** für die Verwaltung. Das Thema hatte bereits im Geschäftsbericht 2012 eine parlamentarische Anmerkung eingebracht.

## Weshalb geht Schmidiger jetzt?

Fragen an die Regierung hatten die Kantonsräte zu folgenden Themen:

• **Hochwasserschutz:** Jürg Berlinger (CVP, Sarnen) zeigte sich besorgt zum Abgang von Viktor Schmidiger, «dem Kopf

des Hochwasserschutzprojekts Sarneraatal». Warum der Projektleiter gerade jetzt gehe, wo doch intensiv auf die Projektanfrage nach den Sommerferien hingearbeitet werde, wollte er wissen. Baudirektor Paul Federer bedauerte den Abgang und meinte, er habe mit ihm lange Gespräche geführt. Dass Schmidiger nicht für immer in Obwalden arbeiten werde, habe man gewusst. «Wir sind jetzt auf der Suche nach einem Nachfolger.»

• **Asylkosten:** Monika Rüegger wollte wissen, weshalb Gesundheits- und Unterstützungskosten für Asylsuchende und Flüchtlinge mit rund 4,5 Millionen Franken eine Million mehr betragen als für 2015 budgetiert. Justizdirektorin Maya Büchi erklärte, dass dies mit einer 25-prozentigen Zunahme von Personen zu tun habe (von 199 im Jahr 2014 auf 250), die Kosten vom Staatssekretariat für Migration (SEM) abgegolten würden. «Mit dem Glaubenberg hat das gar nichts zu tun.»

• **Wärmeverbund Sarnen:** Ambros Albert (SP, Giswil) und Sepp Stalder (CSP, Lungern) erkundigten sich nach dem Stand des Projektes, bei dem die Korporation Freiteil mit dem Kanton zusammenspannen könnte. Paul Federer sagte, dass ein vorliegender Variantenvergleich von Hoch- und Tiefbauamt durchleuchtet würde. Eine «saubere Abklärung» brauche Zeit.



Dank sattem Steuerplus hat der Kanton derzeit viel Geld zu zählen. Das Parlament mahnt aber zu Vorsicht und Zurückhaltung.

Keystone/Martin Ruetschi

## Pensionskasse: Ja zu neuem System

**OBWALDEN** Das Parlament steht hinter einem modernen Finanzierungssystem für die Obwaldner Pensionskasse. Ein fixer Beitragssatz fällt weg.

Die Personalversicherungskasse Obwalden (PVO) kann mit einem neuen Finanzierungssystem auch künftig auf ein stabiles Fundament gestellt werden. Der Kantonsrat hat gestern die neue Verordnung dazu mit 49:4 Stimmen (1 Enthaltung) gutgeheissen.

Beim bisherigen Finanzierungssystem zahlt der Arbeitgeber einen fixen Beitragssatz (10,5 Prozent) pro versicherte Person. Das System ist aber nicht mehr zeitgemäss, dies besonders im Hinblick auf die demografischen Herausforderungen bei der Altersvorsorge (Stichwort Überalterung). Auch bei der PVO werde dieses Finanzierungssystem laut einem Expertenbericht über kurz oder lang zu einer Unterfinanzierung führen, hielten die Fraktionssprecher gestern im Rat fest.

Das neue System sieht eine individuelle Finanzierung vor. Der Beitragssatz für jüngere Versicherte ist künftig etwas tiefer, jener für ältere höher. Damit könne einer Unterfinanzierung der Spar-

gutschriften Inhalt geboten werden, waren sich auch die Fraktionssprecher gestern einig.

## Kritik aus Teilen der FDP

Für den Kanton ergeben sich unter dem Strich Mehrkosten von rund 540 000 Franken pro Jahr. Die Arbeitnehmer zahlen jährlich 420 000 Franken (rund 1,2 Prozent) mehr. Kritik kam hierbei einzig aus Teilen der FDP-Fraktion. «Diese Anpassungen erachten wir als nicht ausgewogen», sagte Andreas Gasser (Lungern) und sprach damit die Mehrkosten für den Kanton an. Die Sparbeiträge seien nur so weit anzupassen, dass daraus eine marginale Erhöhung der Alterskapitalien resultiere, sagte Gasser und zog einen Vergleich zur Privatwirtschaft. Vier FDP-Kantonsräte lehnten in der Schlussabstimmung die neue Verordnung deshalb ab.

## Bereits Pensionierte nicht betroffen

Die geplanten Anpassungen haben keine Auswirkungen auf Personen, die bereits pensioniert sind, hält die Regierung in der Botschaft fest.

Neben dem Wechsel von der Kollektivfinanzierung zur individuellen Finanzierung wird die PVO weitere Massnahmen umsetzen. So werden die Umwandlungssätze gesenkt. Die Sparbeiträge sollen erhöht und die Risiko-

beiträge gesenkt werden. Zudem soll die Alters-Kinderrente gestrichen und bei der Invaliden-Kinderrente der Anspruch eingeschränkt werden.

## Delegierte entscheiden im Sommer

Klaus Wallimann, Präsident der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, unterstrich die Wichtigkeit des neuen Finanzierungsmodells. Die PVO sei eine Erfolgsgeschichte und – im Gegensatz zu anderen öffentlich-rechtlichen Pensionskassen – noch nie auf Ausfinanzierungs- oder Sanierungsbeiträge angewiesen gewesen. «Damit das auch künftig der Fall ist, reagiert man nun mit dieser Revision», so Wallimann.

Nachdem der Kantonsrat nun grünes Licht zur neuen Verordnung gegeben hat, kommt die Reglementsrevision im Sommer vor die PVO-Delegiertenversammlung. Anfang 2017 soll das neue System in Kraft treten.

Per Ende 2015 waren der PVO 56 Arbeitgeber mit 2836 Versicherten und 733 Rentenbezügern angeschlossen. Zu den Arbeitgebern gehören neben dem Kanton alle Gemeinden und Korporationen. Auch das Kantonsspital, das EWO, die Stiftungsschule Engelberg und die Spitex sind beispielsweise der PVO angeschlossen.

ADRIAN VENETZ  
adrian.venetz@obwaldnerzeitung.ch

## Rat ist zufrieden mit dem Spital

**OBWALDEN** ve. Viel Lob gab es gestern von allen Fraktionen für das Kantonsspital Obwalden. Der Rechenschaftsbericht und die Jahresrechnung 2015 des Spitals wurden entsprechend einstimmig gutgeheissen. Die Zahl der stationären Austritte im Akutspital hat um 564 Fälle oder um über 18 Prozent gegenüber dem Jahr 2014 zugenommen, wie verschiedene Fraktionssprecher lobten. Der Anteil an Zusatzversicherten Patienten konnte ebenfalls leicht um 0,5 Prozent auf einen Anteil von 13,4 Prozent erhöht werden.

## Profitieren, dann konsolidieren

Verschiedentlich wurde allerdings betont, dass man die steigenden Kosten im Gesundheitswesen auch im Kantonsspital Obwalden genau und kritisch verfolgen müsse. SVP-Fraktionsschef Daniel Wyler wies etwa darauf hin, dass die Attraktivität des Spitals gesteigert werden konnte – vor allem dank dem neuen Bettenstrukt. «Nach dem Investieren kommt das Profitieren», so Wyler mit Blick auf den positiven Rechnungsabschluss. «Genauso wichtig ist aber der nächste Schritt: das Konsolidieren.» Erst die folgenden Jahre würden zeigen, ob man das Niveau halten könne.